

In einem Bericht in der New York Times über die Vorkommnisse in Chemnitz wird den US-Lesern zwischen den Zeilen suggeriert, in der Bundesrepublik Deutschland drohe eine "Machtergreifung" der Neonazis, die von der US-Regierung verhindert werden müsse.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 123/18 – 09.09.18**

Bei den Protesten in Chemnitz hat sich die neue Stärke der extremen deutschen Rechten gezeigt

Von Katrin Bennhold

The New York Times, 30.08.18

(<https://www.nytimes.com/2018/08/30/world/europe/germany-neo-nazi-protests-chemnitz.html>)

CHEMNITZ, Deutschland – Deutsche Fahnen schwenkend und den Hitlergruß zeigend zog der wütende Mob durch die Straßen und machte Jagd auf dunkelhäutige Zuschauer; zahlenmäßig unterlegene Polizisten ließen ihn gewähren, weil sie Angst vor diesen Leuten hatten.

Entsetzt sah ihnen Anas al-Nahlawie, ein Flüchtling aus Syrien und Vater zweier Kinder, vom Balkon eines Freundes im vierten Stock eines Hauses zu. Wie Wölfe würden sie Immigranten wie ihn jagen, stellte er dazu fest.

An zwei Tagen dieser Woche beherrschte der Mob die Straßen der Stadt Chemnitz (s. dazu auch https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_84397046/kretschmer-spricht-zu-chemnitz-es-gab-keinen-mob-es-gab-keine-hetzjagd-.html), und Immigranten befanden sich stundenlang in Lebensgefahr. Die Wut eskalierte, als bekannt wurde, dass zwei Asylsuchende, ein Iraker und ein Syrer, im Verdacht standen, am frühen Sonntagmorgen einen deutschen Mann erstochen zu haben (s. dazu <https://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/ergebnisse-fakten-pressekonzferenz-chemnitz-messerstecherei-100.html>).

In Chemnitz, einer Stadt mit rund 250.000 Einwohnern im Osten Deutschlands, gibt es schon länger Proteste von Neonazis. Normalerweise beteiligen sich daran einige Hundert Leute aus den Rändern der Gesellschaft; nach Aussage von Vertretern der Stadt gab es dazu meistens zahlenmäßig viel größere Gegendemonstrationen. An der Demonstration (gegen den Messerangriff), die von mehreren Hundert bekannten Neonazis angeführt wurde, nahmen rund 8.000 überwiegend politisch nicht festgelegte Bürger teil. Am Samstag sind weitere Demonstrationen geplant.

In Chemnitz und in ganz Deutschland hat es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges so große rechtsgerichtete Aufmärsche nicht mehr gegeben. Der Hass auf Immigranten, der entstand, weil nach der von Kanzlerin Angela Merkel verfügten Grenzöffnung im Jahr 2015 fast eine Million Flüchtlinge ins Land strömten (s. <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html>), deren Integration sich sehr schwierig gestaltet, hat einen neuen Höchststand erreicht.

Frau Merkels Entscheidung hat Deutschland gespalten; Kritiker waren von Anfang an der Meinung, dass die Merkel-Regierung die Kontrolle über diese Entwicklung verlieren wird. Drei Jahre danach droht die Regierung auch die Kontrolle über Gegenreaktionen gegen die Immigranten zu verlieren.

Nach Meinung von Regierungsvertretern und Soziologen sind die Neonazis viel stärker und aggressiver geworden und immer besser organisiert. Auch die weit rechts stehende Alternative für Deutschland / AfD, die in immer mehr Parlamente einzieht, bedroht das bestehende System, weil sie den Zorn auf Immigranten schürt und "hoffähig" macht und ihm damit den Einzug in die Mainstream-Medien ermöglicht.

Angesichts des wachsenden Einflusses der extremen Rechten ist Chemnitz zum Testfall für die Durchsetzung der staatlichen Autorität und – wie einige meinen – sogar zum Testfall für die Stabilität der Demokratie im Nachkriegsdeutschland geworden.

"Die Rechten fordern unseren demokratischen Staat auf eine Art und Weise heraus, in der sie das bisher nicht getan haben," erklärte Barbara Ludwig, die SPD-Bürgermeisterin von Chemnitz gestern Morgen in ihrem Büro im zweiten Stockwerk des Rathauses. "Wir müssen diesen Test bestehen."

Die Gruppen, die hinter dem Aufruhr dieser Woche stehen, wollen genau das erreichen: einen Wendepunkt in der politischen Ausrichtung Deutschlands durchsetzen.

Benjamin Jahn Zschocke, 32, ein führendes Mitglied der Gruppierung Pro Chemnitz, einer Bewegung nationalistischer Bürger (s. dazu auch <https://www.morgenpost.de/politik/article215205163/Die-Bewegung-hinter-den-Demos-Das-ist-Pro-Chemnitz.html>), die den Protestmarsch am Montag organisierte, hat die Ereignisse der Woche als Wendepunkt bezeichnet und zwei historische Parallelen gezogen.

1967 habe die Erschießung des demonstrierenden Studenten (Benno Ohnesorg, s. dazu auch <http://www.spiegel.de/einestages/2-juni-1967-tod-von-benno-ohnesorg-der-schuss-von-karl-heinz-kurras-a-1149896.html>) eine Studentenrevolte ausgelöst, mit der die Liberalisierung der Bundesrepublik Deutschland begonnen habe, und der Mord in Chemnitz markiere den Beginn einer Periode rechten Widerstandes, sagte er voraus.

Wie 1989, als Tausende (DDR-)Bürger – darunter auch seine Eltern auf die Straße gingen und ein Ende des kommunistischen Regimes zu fordern, zielten die Protestmärsche dieser Woche auf die Ablösung des "erfolglosen Systems (BRD)".

"Die Leute hatten damals das System (DDR) satt und haben heute das System (BRD) satt," stellte er fest und fügte hinzu, dass er noch niemals gewählt habe und nicht an die parlamentarische Demokratie glaube.

Bürgermeisterin Ludwig sagte, der Vergleich (mit der DDR) schmerze sie. Auch sie habe 1989 mitdemonstriert. "Wir sind damals aber für das Recht und die Ordnung einer Demokratie und für die Redefreiheit auf die Straße gegangen," betonte sie. "Diese Errenschaften wollen die Rechten wieder beseitigen, indem sie die Trauer der Menschen über den schrecklichen Mord an einem jungen Mann instrumentalisieren."

Chemnitz hat sich im 19. Jahrhundert zu einer boomenden Industriestadt entwickelt, wurde (durch Bombenangriffe) während des Zweiten Weltkriegs stark zerstört (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Luftangriffe_auf_Chemnitz), vom kommunistischen Regime der DDR als sozialistische Musterstadt wieder aufgebaut und in Karl-Marx-Stadt umbenannt.

Der 7 Meter hohe Bronzekopf von Karl Marx im Stadtzentrum, vor dem 1989 Montagsdemonstrationen gegen den Kommunismus stattfanden, ist jetzt zum Sammelpunkt für Rechtsextreme geworden.

Demonstrationen von Neonazis hätten eine lange Tradition in Chemnitz, teilte die Bürgermeisterin mit. Seit Jahren gingen sie am 5. März auf die Straße, um an die Bombenangriffe der Alliierten im Jahr 1945 zu erinnern. "Es waren bisher aber nur einige Hundert, und die Gegendemonstration war immer größer," stellte Frau Ludwig fest.

Diese Woche sei es ganz anders gewesen.

"Das gemeinsame Demonstrieren von Rechtsextremisten und AfD-Anhängern war neu," meinte Hajo Funke (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Hajo_Funke), ein Politikwissenschaftler der Freien Universität Berlin, der Experte für Rechtsextremismus ist.

Die AfD habe bei der letzten Bundestagswahl in Sachsen, dem Bundesland in dem Chemnitz liegt, einen Stimmenanteil von 27 Prozent erzielt. Ermutigt durch diesen Erfolg, sei es ihr gelungen, die Ängste und die Unzufriedenheit ihrer Wähler zu schüren und über soziale Medien viel mehr Menschen als in den vergangenen Jahren zu mobilisieren, erläuterte Hajo Funke.

Nach Meinung von Analysten zeigen die Ereignisse in Chemnitz die engen Beziehungen zwischen den Neonazis und der AfD, obwohl die sich offiziell von Rechtsextremen distanzieren.

Diese Partei hat viel getan, um den Jargon der Rechtsextremen salonfähig zu machen. Die Slogans "Lügenpresse" und "Deutschland den Deutschen", die auch in Chemnitz gerufen wurden, haben ihre abschreckende Wirkung verloren, weil sie nun regelmäßig auch von AfD-Abgeordneten in Parlamenten zu hören sind.

"Es gibt zwar eine starke Neonazi-Szene im Osten Deutschlands, aber die Anzahl der Rechtsextremen wächst überall in der Bundesrepublik – nicht nur in den Parlamenten, sondern auch in der Gesellschaft," äußerte Matthias Quent vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in dem östlichen Bundesland Thüringen (s. <https://www.idz-jena.de/ueber-das-institut/mitarbeitende/matthias-quent/>).

Deshalb strotze die extreme Rechte vor Selbstbewusstsein, betonte er. "Sie glaubt, ihr Tag sei jetzt gekommen."

Soziale Medien spielten eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung des Mobs.

Nur wenige Stunden nach der Messerstecherei am Sonntag haben Fußball-Hooligans mit Verbindungen zur Neonazi-Szene einen Online-Aufruf gestartet: "Lasst uns gemeinsam zeigen, wer in dieser Stadt das Sagen hat!"

Bald danach kursierten Gerüchte: Der Erstochene habe eine Frau verteidigt, die vom Mörder belästigt worden sei, und ein zweites Opfer (einer Messerattacke) sei im Krankenhaus gestorben. Obwohl beides nicht zutraf, zogen schon kurz darauf rund 800 Protestierende durch die Straßen; die von 80 Polizisten nicht in Schach zu halten waren.

Auch die AfD war schnell zur Stelle. Markus Frohnmaier, ein AfD-Bundestagsabgeordneter, twitterte: "Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selber. Ganz einfach! Heute ist es Bürgerpflicht, die todbringende "Messermigration" zu stoppen!" (s. https://twitter.com/frohnmaier_afd?lang=de)

Am Montag hatte sich die Anzahl der Protestierenden verzehnfacht. Weil die Polizei wieder schlecht vorbereitet war, gab es erneut Schlagzeilen über tumultartige Straßen-

schlachten. Ein weiterer Protestmarsch am Donnerstag war viel kleiner und verlief größtenteils geordnet, weil die örtliche Polizei durch Bundespolizisten verstärkt worden war.

Die Massenmobilisierung macht deutlich, wie stark die jahrelang von den deutschen Behörden – wie einige behaupten, sogar absichtlich – unterschätzte extreme Rechte inzwischen geworden ist.

Ein Gefühl von Unsicherheit breitete sich in dieser Woche über ganz Chemnitz aus.

Die Stelle, an der am Sonntag der Mord stattfand, liegt nur einen Steinwurf weit vom Rathaus entfernt; dort zündeten Wolfgang Grosser, 61, und seine Frau Sabine eine Kerze an. Sie hatten das Opfer gekannt. Er war ein Freund ihres Sohnes, und hatte ihnen einmal beim Umzug geholfen.

"Er hat das nicht verdient," meinte Herr Grosser. "Er gehörte zu den freundlichsten Menschen, die ich kenne."

"Wir fühlen uns in unserer eigenen Stadt nicht mehr sicher," fügte er hinzu, und die Umstehenden nickten verbittert.

"Keiner versucht mehr, die Polizei zu rufen," fuhr Herr Grosser fort. "Die ist total überlastet und kommt eh nicht. Warum sollte man sie also rufen?"

Diese Meinung wird auch von in Chemnitz lebenden Flüchtlingen geteilt.

Mahmoud, ein 19-jähriger Syrer, der aus Angst, von Rechtsextremen angegriffen zu werden, seinen Nachnamen nicht nennen wollte, beklagte, dass die in den letzten Tagen auf den Straßen von Chemnitz zu beobachtenden Hetzjagden "nichts Ungewöhnliches" seien.

"Ich wurde vorher auch schon gejagt und meine Freunde ebenso," sagte er. "Als wir die Polizei riefen, kam sie nicht. Deshalb haben wir's beim nächsten Mal gar nicht mehr versucht."

Einige warfen den Behörden vor, vertrauliche Information über die Beschuldigten an Rechtsextreme weitergegeben zu haben. Am Dienstagabend wurde der Haftbefehl gegen einen der des Mordes Verdächtigen von drei rechtsextremen Gruppierungen online gestellt. Er enthielt die vollen Namen der Verdächtigen, des Opfers, der Zeugen und der Richterin, die den Haftbefehl ausgestellt hatte.

Am Donnerstag haben deutsche Medien gemeldet, ein Justizbeamter habe zugegeben, den Haftbefehl an Pro Chemnitz weitergeleitet zu haben und sei deshalb suspendiert worden.

Nach dem ersten Gewaltausbruch am Sonntag haben Flüchtlingsorganisationen den Immigranten empfohlen, ihre Unterkünfte nicht zu verlassen.

Herr Nahlawie teilte mit, er habe den Rat befolgt. Aber einer seiner Nachbarn, ein Bulgare, habe das nicht getan. Als der am Sonntagsnachmittag mit seiner Familie ein Cafe besucht habe, sei im plötzlich ein Messer an die Rückseite seines Halses gehalten worden.

Die Polizei habe aber diesmal schnell eingegriffen.

Herr Nahlawie macht sich große Sorgen. Als er 2015 vor dem Krieg aus Syrien nach

Deutschland geflohen sei, habe er geglaubt, mit seiner Frau und seinen kleinen Kindern in Sicherheit zu sein.

"Jetzt habe ich wieder Angst um meine Familie," erklärte er abschließend.

Christopher F. Schütze und Karam Shoumali haben aus Berlin zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Infos über die aus Deutschland stammende Autorin sind nachzulesen unter <https://www.nytimes.com/by/katrin-bennhold> . Der seltsamerweise ebenfalls in der New York Times veröffentlichte, unter <https://www.nytimes.com/2018/09/02/world/europe/hitler-bell-swastika-germany-church.html> aufzurufende Artikel über die "Hitler-Glocke" in Herxheim am Berg lässt vermuten, dass mit scheinheiligen Warnungen vor "übermächtigen" deutschen Neonazis von den zahlenmäßig viel stärkeren Neonazis in den USA und der faschistoiden Politik der US-Regierung abgelenkt werden soll. Wie unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/atomwaffen-division-amerikanische-neonazi-gruppe-gruendet-ableger-in-deutschland-a-1224753.html> und <http://www.spiegel.de/panorama/atomwaffen-division-wer-steckt-hinter-der-militanten-nazi-gruppe-a-1224761.html> nachzulesen ist, wollen die jetzt sogar in die Bundesrepublik Deutschland ausschwärmen.)

The New York Times

Chemnitz Protests Show New Strength of Germany's Far Right

By Katrin Bennhold

Aug. 30, 2018

CHEMNITZ, Germany — Waving German flags, with some flashing Nazi salutes, the angry mob made its way through the streets, chasing after dark-skinned bystanders as police officers, vastly outnumbered, were too afraid to intervene.

A Syrian refugee and father of two, Anas al-Nahlawie, watched horrified from a friend's fourth-floor balcony. They were hunting in packs for immigrants just like him, he said. "Like wolves."

For a few perilous hours over two days this week, the mob owned the streets of Chemnitz, where anger exploded after word spread that an Iraqi and a Syrian asylum seeker were suspected in a knife attack that killed a German man early Sunday.

Chemnitz, a city of some 250,000 in eastern Germany, has a history of neo-Nazi protests. Usually they draw a few hundred from the fringes of society — and far larger counter-demonstrations, city officials say. The crowd this time was 8,000-strong. Led by several hundred identifiable neo-Nazis, it appeared to be joined by thousands of ordinary citizens. More marches are planned Saturday.

The city had never seen anything like this — and, to some degree, neither had post-World War II Germany. The rampage now stands as a high-water mark in the outpouring of anti-immigrant hatred that has swelled as Germany struggles to absorb the nearly one million asylum seekers who arrived in the country after Chancellor Angela Merkel decided to open the borders in 2015.

That decision sharply divided Germany, with critics soon arguing that Ms. Merkel's admi-

nistration had lost control of the situation. Three years later, what the government is struggling to control is an anti-immigrant backlash.

Neo-Nazis are growing bolder and stronger, and they are better organized, officials and sociologists say. The far-right Alternative for Germany party is a growing power in Parliament — another shock to the system — and has started to normalize angry sentiments about immigrants that before would not have been uttered aloud, bringing them into the mainstream.

In the face of this newly assertive far right, Chemnitz has become a test of state authority. Some say it has even become a test of Germany's postwar democracy.

"They are challenging our democratic state in a way they have not done before," said Barbara Ludwig, the mayor of Chemnitz, a Social Democrat, sitting in her second-floor city hall office one recent morning. "We must pass this test."

That is precisely what the groups behind this week's disorder see: A pivotal moment they want to use to change the direction of Germany.

Benjamin Jahn Zschocke, 32, a leading member of Pro Chemnitz, the nationalist citizens' movement that registered Monday's march, described the week's events as a turning point and drew two historical parallels.

Just as the death of a student demonstrator in 1967 set off widespread rioting and ultimately a student revolt that marked the beginning of the liberal progressive era in West Germany, the murder in Chemnitz would mark the beginning of a period of far-right resistance, he predicted.

And just as in 1989, when thousands — including his own parents — took to the streets to demand the end of Communism, this week's marches were aimed at bringing down a "failed system," he said.

"People were sick of the system then and now they are sick of the system again," he said, adding that he had never voted and did not believe in parliamentary democracy.

Mayor Ludwig says the comparison hurts. She, too, marched in 1989. "But we marched for law and order, for democracy, for freedom of speech," she said. "They want to undermine all of these institutions and are instrumentalizing people's grief over the terrible murder of a young man."

A thriving industrial hub in the 19th century, Chemnitz was badly damaged during World War II, then rebuilt as a model socialist city under East Germany's Communist regime and temporarily renamed Karl-Marx-Town.

The 7-meter-tall bronze head of Marx in the city center was once a rallying point for demonstrations that took place each Monday to demand the end of Communism; this week it was the rallying point of the far right.

Neo-Nazis have a long tradition of holding demonstrations in Chemnitz, the mayor said. For years they would take to the streets on March 5, mourning the day the city was bombed by allied forces in 1945. "But they were always in the hundreds, and the counter-demonstration was always bigger," Ms. Ludwig said. This week was different.

“This mix of far-right extremists and AfD voters was new,” said Hajo Funke, a political scientist at the Free University of Berlin and a veteran expert of the far right.

The Alternative for Germany garnered 27 percent in the eastern state of Saxony, where Chemnitz is located, in last year’s national election. Empowered by that success, far-right activists have been able to channel the fears and discontent of voters and, often using social media, mobilize crowds that a few years ago would have been unthinkable, Mr. Funke said.

The events in Chemnitz, analysts say, showcase the symbiotic relationship between the neo-Nazis and the Alternative for Germany, which officially distances itself from such groups.

The party has done a lot to normalize the language of the far right. If the slogans heard on the streets of Chemnitz this week — from “lying press” to “Germany for the Germans” — have lost their shock value, it is because variations of them are now regularly heard in Parliament.

“We have a strong neo-Nazi scene in eastern Germany, but we also have a strong current of far-right extremism in all of Germany — not just in Parliament but in society,” said Matthias Quent, who runs an institute that studies democracy and civil society in the eastern state of Thuringia.

That is why the far right is so self-confident, he said: “They think their day has come.”

Social media played a significant role in mobilizing the mobs.

Within hours of the stabbing last Sunday, soccer hooligans with links to the neo-Nazis posted an appeal online: “Let’s show together who has the say in this city.”

Soon rumors started circulating. The victim had been defending a woman who had been molested by the killer. A second victim had died in hospital. Neither was true. But within a few hours, some 800 protesters were on the streets, outnumbering the police 10 to one.

The AfD was quick to chime in. “When the state can’t protect its citizens anymore, the citizens take to the street and protect themselves,” Markus Frohnmaier, a lawmaker for the party, said in a Twitter post. “Today it is a citizen’s duty to stop the deadly ‘knife migration!’

On Monday, the number of protesters grew tenfold, again catching the police unprepared and again making national headlines with riotous scenes of street battles. Another march on Thursday was much smaller, and largely calm, after the local police were reinforced with federal units.

The mass mobilizations highlight worrying new gains for an extremist fringe that for many years was underestimated and — some say willfully — neglected by the German authorities.

The feeling of insecurity was palpable this week in Chemnitz across neighborhoods and communities.

At the scene of Sunday’s murder, a stone’s throw from City Hall, Wolfgang Grosser, 61, and his wife, Sabine, were lighting a candle. They had known the victim. He was a friend

of their son's, and once helped them move house.

"He did not deserve this," Mr. Grosser said. "He was the nicest possible human being."

"We don't feel safe in our own city anymore," he said to the bitter nods of bystanders.

"No one bothers calling the police anymore," Mr. Grosser said. "They are totally overwhelmed and don't come anyway. So what's the point?"

It is a feeling shared by refugees in Chemnitz.

Mahmoud, a 19-year-old Syrian, who declined to give his last name for fear of being targeted by the far right, said the manhunts witnessed on the streets of Chemnitz in recent days were "nothing unusual."

"I have been chased before, and so have my friends," he said. "Once we called the police, but nothing happened. So the next time we didn't."

Some accused the authorities of leaking sensitive information about the suspects to the far right. On Tuesday night, the arrest warrant for one of the murder suspects was posted online by three far-right groups. It gave the full names of the suspects, the victim, witnesses and the judge involved.

On Thursday, a corrections officer admitted to sending the warrant to Pro Chemnitz, according to the German media, and was suspended from his duties.

After the first round of violence on Sunday, refugee organizations warned migrants to stay inside.

Mr. Nahlawie said he had heeded the call. But one of his neighbors, a Bulgarian, did not. He was sitting in a cafe with his family on Sunday afternoon, he said, when he suddenly found a knife at the back of his neck.

The police swiftly intervened.

Still, Mr. Nahlawie says, he worries. When he fled the war in Syria in 2015, he took his wife and young children to Germany — and to safety. Or so he thought.

"I'm again afraid for my family," he said.

Christopher F. Schuetze and Karam Shoumali contributed reporting from Berlin.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern